

bestlichen von Anfang an... Vor und nach der... herausgegeben... Abnahme... Schlimm... Ob diese... Arbeit... in ihren... die geistige... politisch... bietet... von unten... unter Volk... dies... landte... zusammengebrochenen... zu retten.

Darüber gibt es kein Wort zu verlieren, das sich... Schriftsteller... die Welt... ndig, daß der Reichswehrminister... die Pflicht... ihre ganze... größte... das größte... dazu dienen... Familien... zu lenken.

Reichswehrbesetzung Sachsen.

Zum Chef der für den Bereich der bisherigen sächsischen Militärverwaltung zuständigen Reichswehrbesetzung Sachsen ist der sächsische Staatsminister Richterhof ernannt worden.

Zur Senkung der Lebensmittelpreise.

(Eigene Drohung.)

Berlin, 28. August. Wie die V. P. A. hören, werden die von der Regierung bewilligten 5 Millionen zur Senkung der Lebensmittelpreise um weitere 50 Millionen auf 55 Millionen erhöht. Diese 50 Millionen sollen vorzugsweise leistungsschwachen Gemeinden zugute kommen, da aus zahlreichen Gemeinden Mittelungen eingegangen sind, daß die Senkung der Lebensmittelpreise noch nicht in der wünschenswerten Weise hat durchgeführt werden können.

Ein Sonderfrieden zwischen Deutschland und Amerika?

Das Pressebureau Rubio meldet aus Washington, daß Wilson den Senator Limes zufolge in seiner Unterredung mit Senator Swanson, über die seine Einzelheiten veröffentlicht worden sind, die Gesamtfrage in bezug auf den Friedensvertrag, wie sie durch das Vorgehen des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten geschaffen worden ist, besprochen und erklärt hat, wenn die vom Senatsausschuss vorgemachten Änderungen des Friedensvertrages auch vom Senat aufrechterhalten werde, so ließe der gesamte Friedensvertrag, soweit die Vereinigten Staaten beteiligt seien, in Gefahr. Der Präsident äußerte, er sei überzeugt, Großbritannien und Frankreich würden wegen ihres früheren Abkommens mit Japan, durch das sie sich verpflichtet haben, die Ansprüche der japanischen Regierung auf das Vortrecht in Schantung zu unterstützen, keinerlei Abänderungen zustimmen. Wenn der Senat den Beschluß des Senatsausschusses befrägt, würden die Vereinigten Staaten genötigt sein, mit Deutschland einen Sonderfrieden zu schließen und aus dem Völkerbund auszutreten. Senator Sun meldet aus Washington, daß der Senats-

...hat... heute über die von dem Senator... ablehnen... europäischen... werden.

Wie die Kriegsgefangenen aufgehört werden.

Nach der Berliner Zeitung trafen gestern in Kassel 100 kranke deutsche Kriegsgefangene aus englischer Gefangenschaft ein, die eine von Londoner Regierung mitbrachten, darunter die deutsche Regierung mitbrachten, in der dringend um Hilfe ersucht wird; die Leiden der Gefangenen seien unbeschreiblich. Sie würden regelrecht gegen ihre Heimat aufgehört, indem ihnen mitgeteilt wird, daß Deutschland auf die Rückgabe seiner Gefangenen verzichte. Die Rückkehr wurde sofort an die Reichsregierung weitergegeben.

Beiseveranz meldet aus Rom: Die englische und amerikanische Regierung haben die sofortige Zurückgabe der deutschen Kriegsgefangenen angeordnet. Frankreich beabsichtigt, die Gefangenen zurückzuführen, um sie bei der Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete zu gebrauchen, was zu den schärfsten Auseinandersetzungen im Räte der Völker führte.

Amerikanische Sorgen.

Nach einer Lollner Privatmeldung sucht Wilson auf die japanische Regierung einzuwirken, daß sie ein bestimmtes Datum bekanntgibt, zu dem China die Rückzahlung Schantung erwarten könne. Man zeigt sich jedoch in Kollo auch diesem Vermittlungsvorschlag nicht geneigt.

Ueber Mexiko hatte Wilson eine lange Unterredung mit Lansing. Die Vereinigten Staaten weigern sich, ihre Kruppen zurückzugeben, bevor alle Soubden, die an der Gefangennahme der amerikanischen Flieger beteiligt waren, bestraft worden sind. Die New York Sun veröffentlicht einen Bericht aus Washington, wonach die Vereinigten Staaten wünschenswerth, mit Mexiko auf dieselbe Weise zu verfahren wie mit Kuba. Die Interventionspläne zu Wasser und zu Lande sind nach verschiedenen Berichten bereits fertiggestellt. Der Hauptgrund für die Intervention sei nicht allein die Anwesenheit Carranzas oder das Auftreten Mexikos, ebenso seien sporadische Fälle von Eingriffen in die amerikanischen Rechte in Betracht. Der Hauptgrund sei einzig und allein der, daß Mexiko hoffnungslos zerstückelt sei und keine andere Führung mehr in Frage kommen könne.

Feindesstimmen über Deutschland.

Daily Herald schreibt in einem Leitartikel: Die Gefahr des Zusammenbruchs Deutschlands sei zugleich eine Gefahr für England. Die Lage in Deutschland sei ein Teil der Lage in Europa und daher auch ein Teil der Lage in England. Deshalb dürfe man nicht das Ziel verfolgen, den Zusammenbruch Deutschlands zu fördern, in dem man die deutschen Arbeiter, die deutschen Frauen und Kinder mit beiden Händen an der Kehle würgt, sondern man müsse ihnen helfen, sich nach ihrem Zusammenbruch zu erholen, damit sich die Lebensmittel, Transport, Kohlen- und Finanzlage in der Welt bessere und damit vor allem ihre geistige und moralische Verfassung sich vom Herzdren zum Schaffen zumeinde. Eine gewisse Gruppe von Patrioten erwarte und hoffe antehinend, daß Deutschland ein den Staub löse. Ein solches Deutschland werde aber ein neues menschliches totes Gewicht sein, welches an dem Kopf der friedlichen Welt hänge, die sich bemühe, das Vergangene wieder gut zu machen und vorwärts zu schreiten.

Frankreichs Militärten auch gegen das neue Deutschland kennt dagegen keine Grenzen. Bei der Erörterung der Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland in der französischen Kammer laute der Abgeordnete de Chappedelaine u. a., daß die Entente Deutschland nicht ein Heer von 100 000 Mann, sondern ein Heer von 1 000 000 Mann für eine zukünftige Bedrohung zugestanden habe. Die Diskussion wurde auf Mittwoch verlagert.

Amerikanische Besetzung Oberschlesiens.

Reuter meldet aus Paris: In einem von der Friedenskonferenz in der Frage der Kommission für Schlesien an General Dupont geforderten Instruktionen enthaltenden Telegramm wird die Ansicht ausgedrückt, daß das einzige Mittel, um die Ruhe wieder herzustellen und die Kohlerzeugung in Oberschlesien und Leiden zu vermehren, eine Besetzung durch die Alliierten sei. Es wird nicht erwartet, daß die deutsche Regierung auf ihren Rechte, ihre Einwilligung dazu zu verweigern, bestehen wird. Tatsächlich ist bereits von der deutschen Delegation in Versailles inoffiziell der Vorschlag gemacht worden, die Alliierten möchten die sofortige Besetzung Oberschlesiens in die Wege leiten.

Eine weitere Nachricht aus Robbing hat das 8. amerikanische Infanterie-Regiment bereits den Befehl erhalten, nach Oberschlesien zu gehen, um dort Jalligridienste zu leisten.

Von zuständiger deutscher Seite wird zu der Reutermeldung erklärt: Soweit die Reutermeldung von der Stellungnahme der deutschen Regierung oder ihrer Vertreter spricht, ist sie vom ersten bis zum letzten Worte falsch. Die deutsche Regierung hat weder ausdrücklich noch andeutungsweise auf irgend eines ihrer Souveränitätsrechte über Oberschlesien verzichtet und denkt auch nicht an einen solchen Verzicht. Dies gilt vor allem von der vorzeitigen Besetzung Oberschlesiens durch die Entente. Im übrigen ist festzustellen, daß die Reutermeldung durch die Entwicklung der Dinge in Oberschlesien nach der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung vollkommen überholt ist.

Wiederaufleben der Kämpfe.

Neuere Meldungen aus Cyprien besagen, daß die Lage in Oberschlesien noch immer sehr ernst und vielleicht ernster als je sei. Sie weisen hin auf die Tatsache, daß der Wankenzug in einzelnen ober-schlesischen Grenzorten immer noch nicht erden will. Die ober-schlesische polnische Presse überbleibt sich jetzt wieder in Aufregungen zum Kuffand. Namentlich in den Kreisen Wschall und Zarnowitz bauen die Kämpfe an. An den auch amtlich bereits gemeldeten Grenzständen in Wschall wird der Telegramm-Verkehr nach berichtet, daß auf polnischer Seite flieberhafte Bewegung herrsche. Polnische Kampflieger überlegen die deutsche Grenz, mit

Maschinenwaffen vorgehend. Auch eine Ansammlung regulärer polnischer Truppen in erheblicher Stärke ist zu beobachten. Ein polnischer Angriff in Richtung Kaskau gelang, weil deutsche Detachements den Polen die Stärke der dort lagernden Grenzgruppen verzeigten hatten. Ein zur Verhinderung herangezogener Panzerzug konnte den polnischen Infanterie-Angriff verhindern.

Ende des Generalstreiks.

Der Generalstreik kann für so gut wie erledigt gelten. Das arbeiten alle staatlichen Werke und das Kabinett Revier. Das Zentralrevier arbeitet ebenfalls voll bis auf die Antontenbüttengruben, wo nur 30-40 Proz. arbeiten. Im Revier arbeiten durchschnittlich 40-50 Proz. Der Arbeitsstand der ober-schlesischen gesamten Belegschaften beträgt 95 Proz.

Die deutsche Regierung an alle.

Die deutsche Regierung hat folgenden Funkspruch an alle ausgegeben: Aus deutschfeindlichen Quellen werden fortgesetzt falsche Meldungen über die Zustände in Oberschlesien und über die Greuelthaten, die angeblich dort von deutschen Behörden und Truppen verübt werden, verbreitet. So meldet die Agence Havas, daß die Erhebung im Obute entscheidendste zurückgewiesen werden müssen. Blut fließt in Oberschlesien nur zur Abwehr von Angriffen der Aufständischen und ihrer Helfer von diesseits und jenseits der Grenze. Die deutsche Regierung hat alsbald Befehl gegeben, bei den Maßnahmen zur Unterdrückung des Aufstandes mit Rücksicht auf die Greuelthaten und die Einrichtungen einzustellen. Dieser Befehl ist eindrucklich wiederholt worden; er wird befolgt. Die nicht die Ruhe völlig wieder eingesehrt und die Arbeit wieder aufgenommen ist, kann an den Abbau des Ausnahmezustandes nicht gegangen werden. Die polnische Regierung würde sich ein Verdienst für den Frieden und für das Wohl der ober-schlesischen Bevölkerung erwerben, wenn sie ihrerseits auf eine Beruhigung der öffentlichen Meinung hinarbeitet.

Antiparlamentarismus.

Die unabhängigen und kommunistischen Arbeiterräte von Groß-Berlin haben den Beschluß gefaßt, daß die unabhängigen Abgeordneten aus allen Parlamenten austreten sollten. Es ist eine sehr überraschende Wendung in dem Berliner Arbeiterkampf, der durch das eigenmächtige Vorgehen der unabhängigen Delegationsmitglieder entstanden war und ihre Entlassung aus dem von ihnen in Anspruch genommenen Mandat zur Folge hatte. Die Anhänger der Ermittelten stimmten dem letzten Zug der Regierung irgendwie parieren zu müssen und waren zu diesem Zweck sogar einen Generalstreik in Erwägung. Die ganze Industrie sollte wieder einmal stillgelegt werden, weil der unabhängigen-kommunistische Kampfbund gegen die Räte zahlen soll, und weil die Regierung auf einer ordnungsgemäßen Arbeiterwahl ohne Verewaltungung der Minderheit besteht. Der mahnwichtige Generalstreikplan wurde jedoch abgelehnt, und ebenso ging es dem Wien eines befristeten Proteststreiks, weil man erkannte, daß die Arbeiter für ihn nicht zu haben sind. Man erfuhr bei dieser Gelegenheit, daß die Berliner Arbeiter das Streifen auf höheren Befehl bis über die Ohren halt haben.

Damit war also nichts zu machen. Um aber die Versammlung nicht ganz ergebnislos verlaufen zu lassen, nahm man aus Verlegenheit den eben erwähnten Antrag an. Er geht natürlich von den Kommunisten aus, die, Mecklenburg und Geddebrand zum Troge, doch die allerfrühmgen Gegner der Demokratie in Deutschland sind, und wurde von den unabhängigen angenommen aus der bekannten Schwäche heraus gegenüber allen überpolitischen Bedenken. Wenn die Kommunisten hohe Löhne reden, so geht den armen unabhängigen der letzte Rest von Unabhängigkeit flöten. So unterlagen sie auch diesmal wieder der kommunistischen Dypnose und saßen den besagten Beschluß.

Man darf nun gespannt darauf sein, welche Folgen dieser Beschluß haben wird. Man kann vielleicht darüber streiten, ob er für das ganze Reich Mülligkeit hat, da er ja nur von den Berlinern gefaßt worden ist. Unweifelhaft aber ist eben deswegen, daß er für die unabhängigen Parlamentsvertreter von Berlin unbedingte Gültigkeit haben muß, sofern diese überhaupt die Arbeiterräte als eine berechtigte Instanz anerkennen. In der unabhängigen Presse liest man alle Tage, daß die Arbeiterräte die einzige Errettungsmacht der Revolution sind, und daß bei ihnen (besonders bei den unabhängigen), alle Weisheit und die Rettung aus allen Schwierigkeiten zu finden ist. Alle Tage wird die Regierung beschuldigt, daß sie den unabhängigen Arbeiterräten nicht den gebührenden Respekt entgegenbringe, und der gegenwärtige Konflikt ist ja gerade daraus entstanden, daß die Regierung den unbedingten Machtanspruch der unabhängigen Arbeiterräte nicht anerkannt hat. Man darf also wirklich sehr gespannt darauf sein, ob sich die Berliner unabhängigen Abgeordneten deselben Majestätsverbrechens schuldig machen werden, dessen die Regierung beschuldigt wird, ob sie wegen werden, sich dem ihnen erteilten Befehl zu widersetzen.

Wer in der glücklichen Lage ist, sich um die Verhältnisse der Berliner Radikalkritik nicht kümmern zu dürfen, der kann offen aussprechen, was die armen unabhängigen Abgeordneten nur denken müssen. Dieser Beschluß ist einfach der heulende Wahnsinn. Die Parlamente werden auf Grund des demokratischsten Wohltats der Welt gemacht, jeder Französjährige, ob Mann oder Frau, ist wahlberechtigt. Die Kommunisten sind gleichwohl Gegner der Wahlbeteiligung und der parlamentarischen Arbeit. Es ist übrigens nicht uninteressant, daran zu erinnern, daß auf dem kommunistischen Parteitag im Dezember 1918 Liebknecht und Rosa Luxemburg mit Entschiedenheit für die Wahlbeteiligung eintraten, gegen ihre „radikale“ Anhängerschaft aber nicht durchbringen konnten. Die unabhängigen Abgeordneten sollen also gestungen werden, etwas zu tun, was selbst Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in ihren höchsten revolutionären Fieber immer noch als etwas sehr Unvernünftiges erkannt hatten.

Man geht kaum fehl mit der Tropheseizung, daß die unabhängigen Abgeordneten den ihnen zugesetzten Beschluß zu den übrigen legen und dabei Worte murmeln werden, die nicht nach unbedingter Hochachtung klingen. Das wollen wir ihnen keineswegs verübeln. Aber wenn dem so ist, dann in Teufels Namen mocht doch endlich Schluss mit der erbärmlichen Heuchelei, die jeden Ausschluß unabhängiger Arbeiterräte wie einen päpstlichen Spruch behandelt, dem sich das ganze Volk, Geistliche und Laien, unbedingt zu fügen hat! Wenn die unabhängigen Arbeiterräte nicht einmal für die unabhängigen Abgeordneten eine maßgebende Instanz sind, wie kann man dann verlangen, daß die Regierung, die doch das ganze Volk repräsentiert, sie als eine solche anerkennt?

Die Berliner Vorgänge wären wohl geclanet, auch die Unabhängigen wieder zu etwas ruhigerem Nachdenken zu veranlassen. Sie könnten dabei zu dem Ergebnis gelangen, daß schließlich auch für sie Roske immer noch viel besser ist, als eine kommunistische Diktatur.

Sonderdänbische Betriebsräte.

In Kopenhagen lagte die Reichskonferenz der Betriebsräte Deutschlands, auf der nach dem Rat-King nur Teilnehmer gelitten werden, die auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehen. Deshalb wies man zwei Mehrheitskandidaten, die die hier-Kommunisten der Hamburger Werften vertreten, alsbald hinaus. Am Schluss der Diskussion der Diktaturzeit verhandelt. Am Schluss der Tagung wurde mit dem eig in Halle eine Zentralstelle und mit dem eig in Leipzig eine Zentralnachrichtsstelle geschaffen, deren Leitung Oscar, Leipzig, erhält. Wie ein roter Faden zog sich nach dem Rat-King, durch die Tagung die Frage, daß man lieber dem „deutschen Arbeiter“ keine „revolutionäre Forderungen“ mehr zutrauen könne.

Pariser Debatten über den Friedensvertrag.

Paris, 27. August. Die Kammer begann gestern die Debatte über den Friedensvertrag. Oberst Albert sagte, es sei bezeichnend, daß der Vertrag so viele Rügen aufweise. Aber er gebe doch Genugtuung für Frankreich und alle Völkern, wobei er Frankreich dürfe im gütlichen. Es finde in ihm die besten und edelsten Ueberlieferungen seiner Geschichte niedergelegt. Die noch dem Völkerbund gegebenen Bürgschaften bezweifelte er als ungenügend. Zum französisch-englisch-amerikanischen Souveränitätsmen bemerkte er, daß dies den Angelpunkt des zukünftigen Friedens bedeute. Es müsse erlangt werden durch ein französisch-kollisionsbegleitiges Bündnis, damit sich Deutschland nicht mehr der großen Operationsbasis bedienen könne, um seine ruderlosen Pläne auszuführen. Deshalb müsse diese von Truppen des Völkerbundes besetzt werden. Damit werde der Völkerfrieden gebietet. Rumier bedauerte, daß der Friedensvertrag ein einziges Deutschland anerkenne, daß vor dem Kriege alle Völker unter nationalen Parliaments, das die Einheit unter allen Nationen hergestellt haben würde. Die Debatte wird heute fortgesetzt werden.

